

# ***Wie die neue Medienordnung Deutschlands und Europas Zukunft prägen wird:***

## **Wie die neue Medienordnung Journalismus, Innovation, Wissenschaft und die Möglichkeiten für die Bürgerbeteiligung prägen wird**

### **Gesellschaftliche Starre auflösen**

Die Umwälzungen in der medialen Welt sind für die PolitikerInnen, die Medienunternehmen, die Funktionäre des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genauso täglich präsent und spürbar wie für die JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und Unternehmen beliebiger Branchen ([Beispiel Taxi-Branche](#)) und jede/-n von uns. Diese Umwälzungen geschehen schleichend und schlagartig zugleich und können einen einzelnen oder auch ganze Berufsstände plötzlich und mit voller Wucht erfassen.

Wenn ich das Verhalten von etablierten Parteien, der Medienkonzerne und mancher WissenschaftlerInnen in diesem turbulenten Umwälzungsprozess betrachte, gewinne ich den Eindruck, dass diese drei Akteure von einer Angst überwältigt und dabei sind, in einer Starre zu verharren.

"Urzeitliche Reflexe bemächtigen sich des modernen Menschen. Er tut, was schon seine Vorfahren taten, die in der afrikanischen Savanne jagten, sammelten und sich mit feindseligem Getier herumschlugen: Er flieht, erstarrt oder kämpft." - beschreibt die [badische-zeitung.de](#) [4] das Verhalten einer Person bei einer Panikreaktion.

Die Anzeichen der gesellschaftlichen Starre sind für mich ziemlich plakativ sichtbar. Die etablierten Parteien, die Medienkonzerne, öffentlich-rechtliches Rundfunk und manche WissenschaftlerInnen [versuchen mit geballter Kraft](#) [6] die existierende Machtverhältnisse, Strukturen, Geschäftsmodelle und die Netzwerke in die "neue Medienordnung" zu retten. Wenn dieses irrationale Verhalten menschlich nachvollziehbar ist, so ein Verhalten ist kaum dafür geeignet, tragfähige zukunftsweisende Lösungsansätze zu entwickeln.

Die WissenschaftlerInnen und JournalistInnen befinden sich in einer Sonderrolle in diesem turbulenten Umwälzungsprozess, da beide sich für einen Beruf entschieden haben, der nach meinem Verständnis zum Inhalt hat die Ereignisse des gesellschaftlichen Leben zu reflektieren, journalistisch bzw. wissenschaftlich zu verarbeiten, um das journalistische bzw. wissenschaftliche Ergebnis der Allgemeinheit wie im Spiegel vorzuhalten.

# Debatte über den Medienstaatsvertrag in den öffentlich-rechtlichen Medien

Noch verantwortungsvolleren Auftrag haben die Journalisten in öffentlich-rechtlichen Medien, die einen Grundversorgungsauftrag haben. In meiner Wahrnehmung ist das Thema "neue Medienordnung" ein eklatantes Beispiel für ein gesamtgesellschaftlich relevantes Thema, bei dem das öffentlich-rechtliche Rundfunk bei der Erfüllung des Grundversorgungsauftrags versagt hat und das über längere Strecken. Während jedes Rülpsen aus den Reihen der etablierten Parteien CDU, CSU und SPD in etablierten - Sorry! - in öffentlich-rechtlichen Medien einen Wiederhall findet und mehrmals am Tag kommentiert wird, haben es andere Ereignisse schwer, die Aufmerksamkeit von öffentlich-rechtlichen Medien zu gewinnen und tauchen in der täglichen Informationsflut runter. Unverständlich und beunruhigend ist die Tatsache, dass **vom Insider und Kenner der Materie, amtierenden Vorsitzenden der AG Medienstaatsvertrag Ersten Bürgermeister Olaf Scholz, der nicht gerade als Scharf- oder Panikmacher bekannt ist als "brisant und drängend" empfundene Hintergründe der Debatte über den Medienstaatsvertrag in den öffentlich-rechtlichen Medien durch ein ohrenbetäubendes Schweigen aufgefallen sind** [8].

Angesichts des ohrenbetäubenden Schweigens zum [ZDF-Staatsvertrag](#) und zu der "neuen Medienordnung" in den öffentlich-rechtlichen Medien sowie angesichts [der Umstände, unter den das Konvergenzgutachten](#) [6] zustande kam habe ich Sorgen, dass - falls die Zivilgesellschaft untätig bleibt - die von den üblichen Verdächtigen forcierte "neue Medienordnung" im Stile der altbekannten Klientel-Politik verabschiedet wird.

## Gefälligkeitsgutachten

Einen unübersehbaren Anteil zu manchen unräumlichen politischen Entscheidungen tragen immer wieder auch die WissenschaftlerInnen bei. Dr. Tobias Behnen, Verkehrsgeograph an der Universität Göttingen brachte es so auf den Punkt: "Man kann den heutigen Entscheidern und Politikern nichts vorwerfen, sie sind nicht zu beneiden. Die heutige politischen und rechtlichen Dauerprobleme, die die Flughäfen verursachen, die wurden vor Jahrzehnten gefällt. Damals hat man gedacht, dass Flughäfen Wirtschaftsmotoren und Jobmaschinen sind. Man hat sie als Elemente Wirtschafts- und Strukturförderung verstanden. Das hat sich wirklich als falsch erwiesen. **Und da muss man sagen, dass Hochschulen und Universitäten sich da beteiligt haben durch Gefälligkeitsgutachten.** Die direkten und indirekten und weiteren Effekte sehr munter kalkuliert haben und entsprechende positive Szenarien entwickelt haben und mit Umsatz, Gewinn und Wertschöpfung jongliert haben. Heute ist es so, dass sehr stark hinterfragen muss, sind diese Flughäfen wirklich Jobmaschinen?" [Regionalflyhäfen Rheinland-Pfalz will den Flughafen Frankfurt-Hahn verkaufen](#); auf der Zeitleiste der Zeitstamp 16:22 Min.

Den heutigen Entscheidern und Politikern werfe ich eine fehlende Bereitschaft aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, dafür eine grenzenlose Bereitschaft dem bequemen Wunschdenken zu verfallen. Damit meine ich die Ignorierung der Zivilgesellschaft durch

die Politiker aller Colours bei der Entwicklung der "[neuen Medienordnung](#)" [3]. Mangels belastbarer Praxiserfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse erklärt der amtierende Vorsitzende der AG Medienstaatsvertrag und Erster Bürgermeister Olaf Scholz eigenen Standpunkt kurzerhand zu dem pragmatischen Ansatz [\[6\], S. 9](#). Und die Gutachter liefern dazu die Handlungsoptionen, die aus meiner Sicht weniger durch eine Wissenschaftlichkeit dafür viel mehr durch die Passgenauigkeit an die Wunschvorstellungen des Auftraggebers auffallen - s. dazu [\[8\]](#). Unter diesen Umständen wird es kaum jemanden wundern, wenn in wenigen Jahren auch dieses "[neue Medienordnung](#)"-Gutachten [5] als Gefälligkeitsgutachten abgestempelt wird.

## Strukturelle Schwächen

Die fehlende mediale Begleitung durch das öffentlich-rechtliche Rundfunk hat zur Folge, dass die Expertise der Zivilgesellschaft bei so einem gesamtgesellschaftlich relevanten Thema wie Entwicklung der neuen Medienordnung nicht eingeholt wurde. Meine Zweifel an der ausreichenden wissenschaftlichen Sorgfalt bei der Formulierung von Handlungsoptionen im Gutachten "Konvergenz und regulatorische Folgen" verstärken sich wegen den Konflikten zwischen den geschäftlichen Interessen und der Sorgfalt beim Veröffentlichen von Ergebnissen wissenschaftlichen Arbeit, die nach meiner Einschätzung zwangsweise beim [Prof. Dr. Wolfgang Schulz als Geschäftsführenden Direktor des Instituts HIIG gmbH und Hans-Bredow-Instituts unweigerlich](#) [9] unweigerlich entstehen müssen.

Bspw. beschäftigt sich das Gutachten [5] mehrmals mit der Gefährdung der Meinungsvielfalt im Zusammenhang mit der marktbeherrschender Stellung von Google auf dem Medienmarkt und mit der Entwicklung von geeigneten Handlungsoptionen, um diesen negativen Auswirkungen entgegenzusteuern. Hier stehen die Interessen des Drittmittelgebers für beide Institute, die Prof. Dr. Schulz als Direktor leitet im Widerspruch mit Interessen des Auftraggebers für das Gutachten, was aus meiner Sicht die Qualität von Handlungsoptionen erheblich und negativ beeinflussen kann.

Die fehlende Expertise seitens der Zivilgesellschaft im Gutachten [5] und im gesamten Vorhaben "neue Medienordnung" fällt umso mehr auf, dass das von Prof. Dr. Schulz geleitete Institut HIIG GmbH sich dazu bekennt "Mittels verschiedener Formate teilen wir unsere wissenschaftliche Arbeit mit der interessierten Öffentlichkeit, einschließlich politischer Akteure, Zivilgesellschaft und Wirtschaft". [7].

## Unheilige Allianz aus Politik, Medienwirtschaft und Wissenschaft auf dem Weg zur "neuen Medienordnung"

Ich bin dafür, dass die unheilige Allianz aus der Politik, der Medienwirtschaft-Lobby und der Wissenschaft auf dem Weg zur "neuen Medienordnung" aufgelöst wird. Ich verspreche

mir, dass dadurch die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass die Handlungsoptionen in den Gutachten mehr vom Stand der Wissenschaft und weniger von der politischen Wetterlage und der Großzügigkeit der Drittmittelgeber abhängig wird. Und die Vorzüge von unabhängigen Medien sind allgemein bekannt - auf einer anderen Ebene, mit anderen Mitteln als Wissenschaft halten die Medien der Gesellschaft einen Spiegel vor.

Die Gutachter warnen, dass, wenn es um das Thema Meinungsvielfalt geht, **"einmal eingetretene Fehlentwicklungen – wenn überhaupt - nur bedingt und nur unter erheblichen Schwierigkeiten rückgängig gemacht werden könnten"** - [Gutachten „Konvergenz und regulatorische Folgen“](#), Seite 54. Falls die Zivilgesellschaft versäumt, sich in die "neue Medienordnung"-Debatte einzubringen, blickt Deutschland in eine hässliche und ungemütliche Zukunft, in der das politische Establishment und alteingesessene Medienkonzerne unterstützt durch wissenschaftliches Gutachten eine Medienordnung durchsetzen, mit der die Meinungsbildungsprozesse von den Eliten überwacht und gesteuert werden.

## Quellen

- [1] "Süddeutsche": CDU und CSU für Öffnung der Wahllokale bis 20 Uhr, 14.02.2015 - [http://www.deutschlandfunk.de/sueddeutsche-cdu-und-csu-fuer-oeffnung-der-wahllokale-bis.353.de.html?drn:news\\_id=452369](http://www.deutschlandfunk.de/sueddeutsche-cdu-und-csu-fuer-oeffnung-der-wahllokale-bis.353.de.html?drn:news_id=452369)
  - [2] Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis am Hans-Bredow-Institut - <http://www.hans-bredow-institut.de/de/forschung/grundsaeetze-zur-sicherung-guter-wissenschaftlicher-praxis-hans-bredow-institut>
  - [3] neue Medienordnung - ein Schnelleinstieg, 06.02.2015 - <http://luesi.sprechrun.de/?id=2362>
  - [4] Nur keine Panik!, 26.10.2009 - <http://www.badische-zeitung.de/gesundheit-ernaehrung/nur-keine-panik--21495346.html>
  - [5] Gutachten "Konvergenz und regulatorische Folgen", 17.10.2015 - <http://www.hans-bredow-institut.de/de/forschung/konvergenz-regulatorische-folgen>
  - [6] Medienunternehmen fordern Weiterentwicklung der Plattformregulierung, 27.11.2013 - [http://www.ard.de/home/intern/presse/pressearchiv/Medien\\_fordern\\_Fortentwicklung\\_der\\_Plattformregulierung/550956/index.html](http://www.ard.de/home/intern/presse/pressearchiv/Medien_fordern_Fortentwicklung_der_Plattformregulierung/550956/index.html)
  - [7] Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG gGmbH) - <http://www.hiig.de/das-institut/>
  - [8] Grundsatzrede des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz beim Senatsempfang anlässlich des medienDialog<sup>HH</sup> 2014 am 03.06.2014 - <http://www.hamburg.de/contentblob/4322990/data/2014-06-03-mediendialog.pdf>
  - [9] Googles unsanfte Umarmung - <http://neue-medienordnung-plus.sprechrun.de/?id=2449>
-

# Weitere medien21-Blog-Beiträge

---

- [Zulässigkeit einer Wahlwerbung im Rundfunk bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg während der Wahl, 17.02.2015](#)
- [Mit dem ohrenbetäubenden Schweigen zum ZDF-Staatsvertrag aufhören, 15.02.2015](#)
- [die Zensur wird mit dem Etikett "herausgehobene Auffindbarkeit" in Deutschland und EU einziehen, 14.02.2015](#)
- [neue demokratische Medienordnung etablieren, 12.02.2015](#)
- [neue Medienordnung - ein Schnelleinstieg, 06.02.2015](#)
- [RU:gelenkte, HU:illiberale, DE:verwaltete Demokratie, 04.02.2015](#)
- [medien21-Appel: Datenschutz, Qualitätsjournalismus und Staatsferne als zentrale Ordnungselemente der neuen Medienordnung](#)
- [Datenschutz, Qualitätsjournalismus und Staatsferne als zentrale Ordnungselemente der neuen Medienordnung](#)
- [Zukunftsfähige digitale Ökosysteme im Post-Google-Zeitalter, 14.10.2014](#)
- [medien21: Veröffentlichungen](#)

- 
- [Einzelhandelskonzept: Alles was gut und teuer ist, muss draußen bleiben, 06.08.2013](#)
  - [Wie der Mindestlohn die Taxibranche trifft](#)
-